

# Schwarzer Riese, viele Zwerge

Außergewöhnliches hat der Kanzler bei seinen Personalentscheidungen nicht zu bieten

Von unserem Redaktionsmitglied  
Alfons Pieper

Bonn

Der Kanzler liefert an diesem Tag nicht die von ihm gewohnte Überraschung bei der Besetzung von Minister-Posten. Das besorgt diesmal die CSU. Carl-Dieter Spranger, neuer Ressort-Chef für die Entwicklungshilfe, war auf keiner Spekulations-Liste. Ungläubiges Staunen, ja Kopfschütteln löst die Nachricht im Regierungsviertel aus. Wieso Spranger, der sich am Rhein bisher wegen seiner unermüdlchen Bekämpfung linker Politik einen umstrittenen Namen gemacht hat? Die Erklärung findet sich wohl nicht so sehr in den Worten seines Parteichefs Theo Waigel, der auf den nötigen Generationenwechsel hinweist, mit dem man jetzt beginnen müsse. Eher erfüllt Spranger die Kriterien für den Proporz innerhalb der Union: er ist Franke und evangelisch und verfügt in Bayern als Bezirkschef der CSU Mittelfranken über politischen Einfluss.

Gelassen tritt der CDU-Chef vor die Fraktion, später vor die Presse. Nein, Außergewöhnliches bietet Kohl personell nicht. „Das hat er nicht mehr nötig“, meint ein Beobachter. Und ein Unions-Politiker urteilt kurze Zeit danach über den Kanzler und seine Mannschaft: „1987 war Kohl einer unter vielen, ohne großes Format, umgeben von wichtigen Ministern. Heute ist der schwarze Riese der Boß vieler Zwerge.“

Die Entscheidung für Spranger, so fragwürdig sie sein mag, schafft zudem Freiraum im Innenministerium. Der Mainzer Johannes Gerster, bisher innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, wird nämlich Nachfolger Sprangers als Parlamentarischer Staatssekretär. Diese Personalie wird vielerorts begrüßt. Denn Gerster ist als Fachmann ausgewiesen. Er kann Schäuble wirksam entlasten.

Dennoch: Waigel muß die Berufung Sprangers begründen. Er lobt ihn als Vollblut-Politiker, der sich nun einarbeiten müsse. „Ich bin auch nicht als Finanzminister geboren worden“, schiebt der Schwabe als Erläuterung nach. Waigel weiß, daß es um seine Person „Gemurmel“ gibt, daß auch Parteifreunde an ihm herumkneifen, ihm – anonym allerdings – vorhalten, er habe um das Verkehrsressort nicht gekämpft, für das sich zumindest eine Zeitung Landesgruppenchef Bötsch interessiert hatte. Für Wohnungsbau und Verkehr habe man sich ein Mickymaus-Ministerium eingehandelt, heißt es enttäuscht in einigen CSU-Kreisen.

## Waigel mahnt Offenheit an

Waigel hält dagegen: Die Kritiker möchten doch bitte schön offen mit ihm reden. Und was heiße nur vier Ressorts? Kein Bundesland sei so stark vertreten in der Regierung wie Bayern, das sogar mehr Ämter bekommen habe als die fünf neuen Länder zusammen. Er habe sich, nimmt Waigel die Klage aus Teilen der Landesgruppe wegen des angeblich mangelnden Meinungsaustausches auf, in diesen Tagen immer eng abgestimmt mit Ministerpräsident Streibl und Bötsch. „Wir stehen nicht schlecht da“, bekräftigt der Finanzminister. Wohnungsbau habe man freiwillig abgegeben, weil die CSU nicht nur ökonomische Ressorts bekleiden wolle. Das Verkehrsressort habe man nicht halten können. Beim schwierigen Agrarbereich hat sich offensichtlich Ignaz Kiechle erst in der Nacht zuvor entschieden, weiterzumachen. Dabei habe auch der bayerische Bauernverbandspräsident Gustav Sühler eine wichtige Rolle gespielt. Sühler, gewiß kein Freund des Allgäuers, habe darauf gedrängt, das Landwirtschaftsministerium müsse bei der CSU und Ignaz Kiechle bleiben.

Die Dreiteilung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend und Gesundheit wird allgemein mit Versorgungsgründen erklärt. Der Kanzler habe Posten für Frauen und für Politiker aus der alten DDR schaffen müssen. Sinn mache die Zersplitterung, die vor Jahren noch von Rita Süßmuth abgewehrt worden war, zwar nicht. Andererseits sei die starke Berücksichtigung von Frauen „ein guter Griff“. Klar dürfte sein, daß Arbeits- und Sozialminister Blüm auch der Bereich Krankenversicherung abgenommen und ins neue Ressort Gesundheit transferiert wird. Blüm wie Verteidigungsminister Stoltenberg werden als Absteiger des Jahres eingestuft. Blüm spiele seit dem kläglich gescheiterten Aufstand gegen Kohl vor Jahresfrist keine Rolle mehr. Der weitaus stärkste Landesverband NRW – Vorsitzender Blüm – stellt einen einzigen Minister. Stoltenberg wirft man vor, die ganze Abrüstung „verschlafen“ zu haben. Hier könne es schon 1992 ein Revirement geben, erläutern Unions-Politiker.

Zu Hannelore Rönsch heißt es, sie habe zweimal den Wahlkreis Wiesbaden gegen schärfste Konkurrenz gewonnen. Die aus der Kommunalpolitik kommende CDU-Politikerin genießt die Sympathie des Kanzlers nicht nur, weil am Sonntag in Hessen gewählt wird. Sie findet den Beifall in der Fraktion, als Kohl die neuen Minister bekanntgibt, Applaus, den auch andere ernten, wobei Schäuble stürmisch gefeiert wird.

Anders, als der Kanzler den Namen Mollmann erwähnt. Da reagiert die Union mit einer Mischung aus höhnischem Lachen und qualvollem Stöhnen. Kohl spürt die Verärgerung über den Liberalen und warnt, den künftigen Wirtschaftsminister zu unterschätzen. Mollmann werde sich jetzt schnell einarbeiten und sich „morgens, mittags und abends im Mittelstand bewegen“.

## Das Regierungsprogramm

### Wirtschaft

Kleineren Unternehmen soll bis 1. Januar 1993 der Einstieg in die Aktiengesellschaft durch entsprechende Gesetzesänderungen erleichtert werden.

Steinkohle und Braunkohle sollen auch künftig wesentlich zur Sicherung der Energieversorgung beitragen. Ihr Anteil muß nach einhelliger Koalitionsmeinung aber deutlich niedriger liegen als zur Zeit. Bis 1995 soll es beim Kohlepfennig bleiben. Eine entsprechende Anschlußregelung soll danach mit den zuständigen Gremien der Europäischen Gemeinschaft gesucht werden.

### Bildung

Die Koalition hält eine Verkürzung oder Begrenzung der Ausbildungszeiten in allen Bereichen des Bildungswesens für notwendig. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, das Abitur – ähnlich wie jetzt schon in den neuen Bundesländern – bereits nach zwölf Jahren zu erwerben. Verlängerungen der Dauer der beruflichen Erstausbildung sollen nicht mehr zugelassen werden.

Eine Anpassung der niedrigeren Bafög-Sätze für Studenten in Ostdeutschland wird erst dann vorgenommen, wenn sich die Lebenshaltungskosten entsprechend erhöhen.

### Wohnen

Mietsteigerungen auf dem freien Markt sind binnen drei Jahren nur um 20 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete zulässig, wenn die ursprüngliche Miete höher ist als die im Bundesland geltende höchstzulässige Sozialmiete. Die Miete darf die höchstzulässige Sozialmiete nicht um mehr als 20 Prozent übersteigen. Die Vorschrift gilt bis 1995 und nicht für Wohnungen, die seit 1981 fertiggestellt wurden/werden. Die Maklerprovision darf höchstens zwei Monatsmieten betragen. Mittel für sozialen Wohnungsbau werden teilweise nach Ostdeutschland umgeschichtet.

### Familie

Einigung beim Familienlastenausgleich: Bei den noch offenen 60 000 Steuerfällen der Jahre 1983 bis 1985 wird der Kinderfreibetrag für erste Kinder auf 2400 Mark und für weitere Kinder „in entsprechend geringerem Maße“ erhöht. Bei Kindergeldfestsetzungen, die wegen der Kürzung noch offen sind, wird das volle Kindergeld für Zweitkinder gezahlt. Ab 1. Januar 1992 wird generell das Erstkindergeld von 50 auf 70 Mark monatlich erhöht, der steuerliche Kinderfreibetrag von 3024 auf etwa 4200 Mark jährlich angehoben.

Der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie wird zum 1. Januar 1992 auf drei Jahre verdoppelt. Das Erziehungsgeld wird zum 1. Januar 1993 um sechs auf 24 Monate verlängert. Mit den Ländern soll ein Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze geschaffen werden. Der Anspruch auf bezahlten Urlaub zur Pflege kranker Kinder wird auf zehn Tage für jeden Ehepartner verdoppelt. Alleinerziehende können 20 Tage freigestellt werden. Die Altersgrenze der zu pflegenden Kinder wird allgemein auf zwölf Jahre angehoben.

Nach nunmehr vierzehn Verhandlungstagen hat sich die Koalition aus CDU, CSU und FDP auf einen umfassenden Katalog von Maßnahmen geeinigt. Wir dokumentieren in Auszügen die wichtigsten Ziele, die sich das neue Kabinett Helmut Kohls in den kommenden vier Jahren gesetzt hat.

### Soziales

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird vom 1. April 1991 an um 2,5 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent angehoben und vom 1. Januar 1992 an um 0,5 Punkte auf 6,3 Prozent wieder gesenkt. Zum 1. April 1991 werden die Rentenversicherungsbeiträge um einen Punkt auf 17,7 Prozent gesenkt. Beide Maßnahmen gelten als befristet. Bei den Rentenbeiträgen geht das Finanzministerium davon aus, daß sie Anfang 1993 wieder erhöht werden. Zum Ausgleich sollen die Beamten bei der nächsten Besoldungsrunde Abstriche hinnehmen. – Die Knappschaftsversicherung der Bergleute wird nicht in den allgemeinen Rentenverband von Arbeitern und Angestellten einbezogen. Allerdings sollen ihr die Mehreinnahmen der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die aufgrund der Abwanderung von Bergbaubeschäftigten entstehen, als Ausgleich zustehen.

Die Sonderregelungen bei Kurzarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden bis Ende 1991 verlängert. Kurzarbeit wird stärker mit Qualifizierung und Fortbildung verzahnt. Kurzarbeitergeldleistungen werden begrenzt, wenn Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht genutzt werden. Die Pflegefähigkeit für Frauen wird nach dem Arbeitsförderungsrecht (AFG) anerkannt. Zur Wiedereingliederung von Pflegekräften wird ein AFG-Sonderprogramm geschaffen.

Über eine Pflegeversicherung soll Mitte 1992 entschieden werden. Pflegekräfte sollen besser bezahlt, Umschulung mehr gefördert werden. Ein bundeseinheitliches Altenpflegegesetz wird angestrebt. In der Krankenversicherung soll eine Organisationsreform zu geringeren Beitragssatzunterschieden zwischen den Kassen führen.

### Steuern

Steuerreform und Familienentlastung erfolgen in einem Gesetzespaket, das bis zum 31. 12. 1992 beschlossen werden soll. Zum 1. 1. 1992 oder 1993 werden in einer ersten Stufe der Unternehmensteuerreform die Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer abgeschafft. Zur Finanzierung werden die degressiven Abschreibungen auf Anlagen abgebaut. Ein Ausgleich für die Kommunen soll über die Gewerbesteuerumlage erfolgen. Der zweite Schritt – spätestens zum 1. Januar 1995 – umfaßt weitere Steuerenkungen einschließlich der Erhöhung des Grundfreibetrages.

In den Ländern der ehemaligen DDR wird bereits in diesem Jahr auf die Erhebung der Gewerbesteuer und Vermögenssteuer verzichtet. Bis zur zweiten Stufe der allgemeinen Steuerreform werden in den fünf neuen Ländern zudem 50prozentige Sonderabschreibungen – wie bei der bisher praktizierten Zonenrandförderung – und jährlich ein Freibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer von 600 Mark für Ledige und 1200 Mark für Verheiratete gewährt.

### Sicherheit

Einvernehmen gibt es über die Bundeswehrplanung. Danach soll an der Wehrpflicht festgehalten und die Bundeswehr auch künftig aus Wehrpflichtigen sowie Berufs- und Zeitsoldaten bestehen. Ein Dissens besteht in der Frage der Wehrdienstdauer. Die FDP wünscht ab 1995 eine Reduzierung auf neun Monate. Dem widerspricht die Union bislang.

Die Entwicklung des Jäger 90 wird abgeschlossen, da der Ausstieg aus der Entwicklung teurer sei als die vorzeitige Beendigung. Über die Produktion des Flugzeugs soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

### Umwelt

Das Abfallgesetz wird novelliert. Schwerpunkte sind: Verwertung und Entsorgung, gesetzliches Vermeidungs- und Verwertungsverbot, generelle Festlegung von Rücknahme-, Rückgabe- und Pfändpflichten, Verbot von Stoffen und Produkten, deren Entsorgung aufgrund der Schädlichkeit nicht sichergestellt werden kann.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird durch eine Abgabe belastet. Die Kfz-Steuer wird mit Blick auf den Schadstoffausstoß umgewandelt. Frühstmöglich wird für schwere Lastfahrzeuge wieder die Kfz-Steuer eingeführt.

### Inneres

Ein parlamentarisches Gremium berät über Änderungen des Grundgesetzes. Bis Ende 1992 wird eine europäische Regelung beim Asylrecht angestrebt. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber wird abgeschafft. – Falls das Bundesverfassungsgericht im Sinne des Einigungsvertrags entscheidet, soll der Ausgleich für Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in den neuen Bundesländern gesetzlich geregelt werden. Für nach 1949 enteignetes Grundvermögen ist ein Entschädigungsgesetz geplant. – Eine gesetzliche Regelung über die Nutzung der Stasi-Akten soll vorbereitet werden.

### Finanzen

Mit knapp 20 Milliarden Mark bringt der Sozialbereich den größten Teil zur Deckung der Finanzlücke von 35 Milliarden Mark in diesem Jahr. Weitere Beiträge: – Der Verteidigungsetat 1991 wird um 7,6 Milliarden Mark auf 52,6 Milliarden Mark gekürzt. – Die Preis-subsidienten in den fünf neuen Ländern für Energie, Mieten und Verkehr werden bis Ende 1994 abgebaut. – Die Berlin- und Zonenrandförderung wird bis Ende 1994 in Stufen abgebaut. – Die Finanzhilfen werden 1991 um 500 Millionen und 1994 um 1,5 Milliarden Mark gekürzt. Sonstige steuerliche Sonderregelungen werden mit fünf Milliarden Mark jährlich abgebaut. – Die West-Länder sollen über die Umsatzsteuerumverteilung und die Abgabe der Strukturfondsmittel stärker die Einheit mitfinanzieren. – Privatisierung der Pfandbriefanstalt, der Flughafen Frankfurt/Main AG, der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen, der Lufthansa. – Die Post führt in den Jahren 1991 bis 1994 jährlich zusätzlich zwei Milliarden Mark ab. Damit sind Gebührenerhöhungen bereits sicher.



Neue Aufgaben für vier Polit-Profis: (Von links) Carl-Dieter Spranger (CSU), Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), Klaus Kinkel (parteilos) und Hannelore Rönsch (CDU). Bilder: dpa/ap

## Aufsteiger und Einsteiger

Die neuen Minister in Kohls Regierungsmannschaft

Bonn (dpa/ap).

Sieben Kabinettsmitglieder werden zum ersten Mal in ihrer politischen Karriere ein eigenes Ministerium leiten. Die Auf- und Einsteiger in Helmut Kohls neuer Regierungsmannschaft im Kurzporträt:

### Irmgard Adam-Schwaetzer

Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer zieht aus dem Windschatten ihres politischen „Ziehvaters“ Hans-Dietrich Genscher in ein eigenständiges Amt: Die stellvertretende FDP-Vorsitzende wollte eigentlich Fraktionschefin werden, verzichtete aber zugunsten des Parteifriedens. Nun übernimmt sie das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die 48jährige Pharmazeutin trat 1975 in die FDP ein. Bereits fünf Jahre später schaffte sie den Einzug ins Bonner Parlament und arbeitete zunächst im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit. 1982 wurde sie FDP-Generalsekretärin und wechselte Anfang 1984 in das Amt des Bundesratspräsidenten. 1987 ging sie als Staatsministerin ins Auswärtige Amt, wo sie vor allem für die Europa- und Kulturpolitik zuständig war.

### Klaus Kinkel

Klaus Kinkel rückt mit seiner Berufung zum Justizminister ins erste Glied und zieht dabei als erster Parteilooser seit 1972 ins Kabinett. Der Spitzenbeamte saß seit acht Jahren als Staatssekretär im Bundesjustizministerium, und die Berufsbezeichnung „Verwaltungsbeamter“ beschreibt nur unzureichend die Bedeutung des promovierten Juristen, der nicht dem Bundestag angehört. Der 54jährige Kinkel ist seit 1965 Beamter in der Bundesverwaltung. Seine eigentliche Bonner Karriere startete er 1970, als der damalige Innenminister Genscher Kinkel zu seinem persönlichen Referenten machte und ihn 1974 in das Auswärtige Amt mitnahm. Als erster Zivilist wurde Kinkel 1979 zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes berufen.

### Angela Merkel

Daß Angela Merkel (CDU), die ehemalige stellvertretende Sprecherin der letzten DDR-Regierung, nun als jüngstes Mitglied zur Regierungsmannschaft von Bundeskanzler Kohl gehört, verdankt sie nicht nur dem politischen Abstieg der Ex-Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl. Frau Merkel hatte bereits in den letzten Monaten der DDR eigenes Profil gewonnen. Angela Merkel wurde 1954 in Hamburg geboren, kam aber schon als Kind nach Templin (Brandenburg), wo ihr Vater eine Pfarrei übernahm. Während der Verhandlungen um die Einigungsverträge arbeitete sie im Team des CDU-Staatssekretärs Krause mit. Für den neuen Bundestag gewann sie das Direktmandat im Wahlkreis Stralsund/Rügen/Grimmen. Frau Merkel, die sich als Wert-Konservative beschreibt, ist verheiratet.

### Rainer Ortleb

Ein Mathematiker, der Professor an der Sektion Schiffstechnik der Universität Rostock war, wird künftig die Bildungspolitik in Deutschland lenken. Rainer Ortleb wurde am



Drei Minister in Helmut Kohls neuem Kabinett kommen aus den fünf neuen Bundesländern: (von links) Rainer Ortleb (FDP) übernimmt das Bildungsressort, Angela Merkel (CDU) leitet das neue Ministerium für Frauen und Jugend, Günther Krause (CDU) ist für Verkehrsfragen zuständig. Bilder: dpa/ap

## Das Datum

### 17. Januar

- 1941 Im Mittelmeerraum beginnen tagelange schwere deutsche Luftangriffe auf Malta.
- 1946 In London tritt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.
- 1961 Der kongolesische Politiker Patrice Lumumba wird von der Zentralregierung an Katanga ausgeliefert und unter ungeklärten Umständen in Elizabethville ermordet.

- 1966 Bei Palomares in Südspanien stürzt ein mit Atombomben bewaffnetes Kampfflugzeug der amerikanischen Luftwaffe ins Mittelmeer. Erst nach einer aufwendigen Suchaktion kann am 7. April die letzte der dabei verlorengewonnenen Wasserstoffbomben geborgen werden.
- 1990 Im Prozeß um die Tanklastzugkatastrophe in Herborn, die im Juli 1987 fünf Menschenleben kostete, wird der verantwortliche Spediteur und der Fahrer des Unglücks-Lastzuges zu Freiheitsstrafen verurteilt.